

Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord: Vorreiter der Verstetigungsdiskussion

Integrierte Stadtteilentwicklung als Daueraufgabe

Kurz nach dem Start des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ im Jahr 1999 wurde das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) damit beauftragt, die Funktion einer programmbezogenen Informations-, Vermittlungs- und Beratungsagentur wahrzunehmen. Ein Teil dieses Auftrags bestand darin, in jeweils einem Programmgebiet pro Bundesland eine praxisnahe Begleitforschung im Sinne einer beratenden Evaluation zu initiieren, mit der die Umsetzungsprozesse vor Ort für einen Zeitraum von gut eineinhalb Jahren (September 2000 bis April 2002) durch externe Fachleute unterstützt und dokumentiert werden sollten.

In Nordrhein-Westfalen wurde für die Teilnahme an dieser „Programmbegeleitung vor Ort“ (PvO) das Gelsenkirchener Soziale-Stadt-Gebiet Bismarck/Schalke-Nord ausgewählt, das aufgrund seiner 1994 erfolgten Aufnahme in das NRW-Landesprogramm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ bereits über umfangreiche Erfahrungen mit der integrierten und bewohnerorientierten Stadterneuerung verfügte. Mit der PvO in Bismarck/Schalke-Nord wurde auf Empfehlung der Stadt Gelsenkirchen und des nordrhein-westfälischen Ministeriums für Stadtentwicklung und Wohnen, Kultur und Sport (MSWKS) ein Forschungsteam beauftragt, das sich aus Mitarbeitern der Arbeitsgruppe Bestandsverbesserung (AGB) am Institut für Raumplanung der Universität Dortmund und des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS) in Dortmund zusammensetzte.

Aufgrund des fortgeschrittenen Erneuerungsprozesses in Bismarck/Schalke-Nord ergaben sich für die PvO zwei unterschiedliche Forschungs- und Beratungsaufgaben: Im Mittelpunkt der ersten Aufgabe („Rückblick“) stand die Frage, was aus den bisherigen Projekterfahrungen gelernt werden konnte und welche Schlussfolgerungen daraus für die weitere Programmumsetzung abzuleiten waren. Im Mittelpunkt der zweiten Aufgabe („Ausblick“)

stand die Suche nach konzeptionellen Perspektiven für die Sicherung der erzielten Erfolge nach dem geplanten Auslaufen der Soziale-Stadt-Mittel bis zum Ende des Jahres 2004. Dafür wurde – im bundesweiten Soziale-Stadt-Kontext wahrscheinlich zum ersten Mal – der Begriff der „Verstetigung“ in die Diskussion eingeführt. Der Abschlussbericht der PvO erhielt dementsprechend auch den Titel: „Integrierte Stadtteilentwicklung auf dem Weg zur Verstetigung – Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord“ (vgl. Austermann/Ruiz/Sauter 2002).

Im Folgenden werden einige zentrale Ergebnisse aus diesem Bericht zusammenfassend dargestellt, um den Stand der damaligen Diskussion in Bismarck/Schalke-Nord zu veranschaulichen. Seither ist die Entwicklung bei diesem Thema allerdings erheblich vorangeschritten. Im zweiten Teil dieses Beitrags wird die Verstetigungsfrage deshalb in einen umfassenderen kommunalen Politikansatz eingebettet, der auf die Etablierung einer ressortübergreifenden Soziale-Stadt-Politik als gesamtstädtische Daueraufgabe abzielt.

Programmbegeleitung vor Ort: Wurzeln der Verstetigung in Bismarck/Schalke-Nord

Bereits beim Start der PvO war klar, dass die Soziale-Stadt-Mittel für Bismarck/Schalke-Nord aufgrund der schon sechs Jahre andauernden Förderung im Landesprogramm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ nur noch für einen begrenzten Zeitraum weiterlaufen würden (vonseiten des Landes war damals eine Programmlaufzeit bis Ende 2004 angekündigt worden). Für die haupt- und ehrenamtlichen Akteure des Erneuerungsprozesses – v. a. für das dreigliedrige Stadtteilmanagement mit dem Stadtteilbüro Bismarck/Schalke-Nord, dem Büro für Wirtschaftsentwicklung und dem gemeinwesenorientierten Projekt JULIUS B – stellte sich deshalb zunehmend die Frage, wie die positiven Veränderungen in den beiden Stadtteilen auch über das Programmende hinaus gesichert werden konnten und welche konzeptionellen, organisatorischen und politischen Vorkehrungen dafür getroffen werden mussten.

Zur Klärung dieser Frage organisierte die PvO zusammen mit dem Stadtteilmanagement mehrere interne Strategiegespräche und akteursübergreifende Reflexionsworkshops. In diesen Diskussionsrunden wurde deutlich, dass von den knapp 100 Projekten, Angeboten und Einrichtungen, die bis dahin in Bismarck/Schalke-Nord neu entstanden waren, Ende 2004 ein großer Teil bereits abgeschlossen sein würde (dies galt z. B. für die meisten baulichen Maßnahmen) oder über eine langfristig tragfähige Existenzgrundlage verfügen würde. Dementsprechend gering war hier auch die Verstetigungsproblematik. Besondere Aufmerksamkeit erforderten hingegen diejenigen Angebote und Einrichtungen, deren Bestand nach 2004 gefährdet oder zumindest unklar war, obwohl sie wichtige stabilisierende und aktivierende Funktionen für die beiden Stadtteile erfüllten (wie z. B. das Gesundheitshaus im Lahrshof oder die Begegnungsstätte Haverkamp).

Angesichts der begrenzten Laufzeit des Stadtteilprogramms (bis Ende 2004) mussten die Erarbeitung und die Umsetzung von tragfähigen Sicherungskonzepten für die gefährdeten Strukturen im Wesentlichen in den Jahren 2002 bis 2004 geschehen. Für die verantwortlichen Akteure und hier vor allem für die Mitarbeiter des Stadtteilmanagements war dies mit erheblichem Aufwand verbunden, da hier in der Regel sehr differenzierte und maßgeschneiderte Lösungsansätze entwickelt werden mussten. Zur Unterstützung dieser Arbeit wurden im Abschlussbericht der PvO mögliche Lösungswege und Handlungspotenziale skizziert, die für diesen Prozess als hilfreich eingeschätzt wurden (vgl. Austermann/Ruiz/Sauter 2002, S. 86).

Bilanz zum Verstetigungsprozess

„Bis Ende 2004 wurden zur Fortführung einiger Projekte Träger- oder Fördervereine gegründet, die im Sinne des Stadtteils an den Themen weiterarbeiten. Zum Teil war es notwendig, Betriebskonzepte von neu geschaffenen Infrastrukturen den veränderten Anforderungen entsprechend anzupassen, sodass auch hier die Weiterführung möglich wurde. So geschah es z. B. beim Gesundheitshaus Bismarck, das zur Erreichung von Wirtschaftlichkeit über neue Angebote ergänzend auch eine andere Klientel außerhalb des Stadtteils anspricht. Andere zu verstetigende Aufgaben sind in die kommunale Verantwortlichkeit übergegangen. In anderen Bereichen übernahmen Träger der freien Wohlfahrtspflege die Verstetigung des Ansatzes, so die Integrationsarbeit bei dem Internationalen besser trennen: Migrantenzentrum die AWO. Die Evangelische Gesamtschule leistet u. a. weiterführende Arbeit im Bereich der Sprachförderung. Stadtteilbezogene Arbeitskreise haben entschieden, ihre Arbeit fortzusetzen. Die Arbeit des Stadtteilbüros zur Beendigung der noch ausstehenden baulichen Arbeiten, aber auch zur Unterstützung des Gesamtprozesses ist bis zum Ende des Jahres 2007 gesichert. Auf diese Weise ist es gelungen, die Arbeitsfelder, die in den Perspektivwerkstätten als zu verstetigende Ansätze ausgemacht wurden, auch nach Auslaufen der öffentlichen Förderung weiter fortzuführen.“ (Stadt Gelsenkirchen 2006, S. 7)

Lösungswege/Potenziale für den Verstetigungsprozess

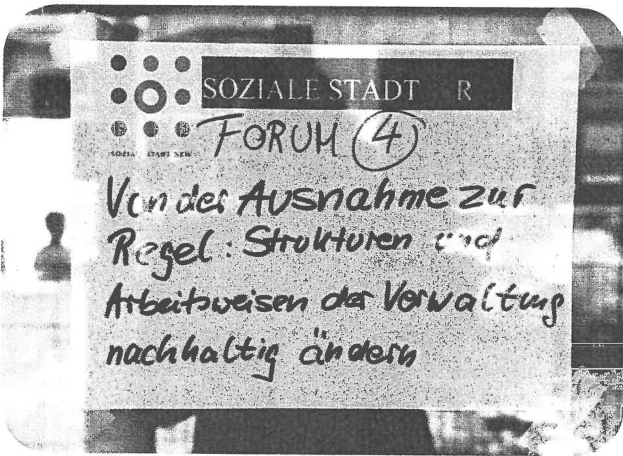
- ✎ Stärkerer Gebietsbezug von Fachverwaltungen und Wohlfahrtsverbänden
- ✎ Stadtteilbezogenes Engagement von öffentlichen Einrichtungen
- ✎ Multifunktionale Nutzung von öffentlichen Einrichtungen
- ✎ Systematische Akquisition von staatlichen Fördermitteln (EU, Bund, Land, Arbeitsamt)
- ✎ Gezielter Einsatz kommunaler Ressourcen für ergänzende Maßnahmen
- ✎ Aktivierung/Nutzung/Stärkung von bürgerschaftlichem Engagement
- ✎ Einwerben von Unterstützung durch private/privatwirtschaftliche Organisationen
- ✎ Impulse durch gesamtstädtische/regionale Handlungsansätze
- ✎ Nutzung von Gemeinsamkeiten mit dem neuen Stadtteilprogramm „Südost“

Abb. 1: Lösungswege/Potenziale für den Verstetigungsprozess in Bismarck/Schalke-Nord

Auf der Grundlage dieser und weiterer konzeptioneller Vorüberlegungen, die im Rahmen der PvO erarbeitet wurden (vgl. Austermann/Ruiz/Sauter 2002, S. 75 ff.), ist es dem Stadtteilmanagement dann bis Ende 2004 gelungen, in Kooperation mit zahlreichen lokalen und gesamtstädtischen Akteuren tragfähige und passgenaue Lösungen für die Mehrzahl der gefährdeten Einrichtungen und Angebote zu entwickeln.



Kontinuität in der Sozialen Stadt NRW



Kontinuität in der Sozialen Stadt NRW

Die Zukunft der Verstetigung: integrierte Stadt(teil)entwicklung als Regelaufgabe

Die Bearbeitung der Verstetigungsaufgabe aus der Binnenperspektive der einzelnen Programmgebiete, wie dies in Bismarck/Schalke-Nord erfolgreich praktiziert wurde, ist für den geordneten Abschluss von Soziale-Stadt-Programmen unverzichtbar. Angesichts der besonderen sozialen Gegebenheiten in den betroffenen Gebieten sind diese gebietsbezogenen Verstetigungsaktivitäten in der Regel aber nicht ausreichend, um die positiven Entwicklungen auch über das Ende des jeweiligen Förderzeitraums aufrechtzuerhalten. Außerdem gibt es neben den Programmgebieten noch zahlreiche weitere Stadtteile und Quartiere mit vergleichbaren Problemlagen, die nicht alle in derartige Programme aufgenommen werden können.

In etlichen Städten gibt es deshalb inzwischen Bestrebungen, die integrierte Stadt(teil)entwicklung auch jenseits staatlicher Sonderförderung zu einer ressortübergreifen-

den Regelaufgabe der gesamten Kommunalverwaltung zu machen und so die regulären Ressourcen der einzelnen Verwaltungsressorts gezielter und koordinierter als bislang zur Stabilisierung und Entwicklung benachteiligter Stadtgebiete einzusetzen.

Auf diese Weise sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die in den unterschiedlichen Wohnquartieren auftauchenden Herausforderungen und Probleme bedarfsgerechter und effektiver bewältigt werden können. Diese sind in der Regel hochkomplex und ihre Bearbeitung erfordert ein gutes Zusammenspiel der einzelnen Verwaltungsbereiche (etwa Jugend, Soziales, Bildung, Beschäftigungsförderung, Kultur, Stadterneuerung etc.) und der sonstigen relevanten Akteure. Die integrierte Stadt(teil)entwicklung zielt deshalb auf eine stärkere gebietsbezogene Kooperation zwischen den Akteuren innerhalb der Stadtverwaltung, aber auch zwischen den verschiedenen Akteuren im Quartier/Stadtteil und denjenigen in der Verwaltung.

Ein Beispiel für dieses neue Planungs- und Politikverständnis bietet die Stadt Gelsenkirchen mit ihrem gesamtstädtischen Konzept zur integrierten Stadtteilentwicklung, das erstmalig im „Bericht zur Stadterneuerung 2007“ formuliert wurde (vgl. Rommelfanger/Sauter 2010) und das derzeit überarbeitet wird. Weitere Vorreiter eines solchen Ansatzes sind beispielsweise die Stadt Köln mit ihrem Modellprojekt „Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln“, die Stadt Essen mit dem „Essener Modell Quartiermanagement“, die Stadt Ludwigsburg mit dem Stadtentwicklungskonzept „Chancen für Ludwigsburg“ sowie das Land Berlin mit seiner Rahmenstrategie „Soziale Stadtentwicklung Berlin“ und dem „Handbuch zur Sozialraumorientierung“ (vgl. dazu u. a. Kühner/Sauter 2010; Sauter 2009).

Von den Ämtern, aber auch von den freien Trägern und Einrichtungen vor Ort verlangt dieser Paradigmenwechsel in der kommunalen Stadtentwicklungspolitik („Vom Sonderprojekt zur Regelaufgabe“) eine Ausweitung integrierter (querschnittsorientierter) Denkweisen und Konzepte, die Intensivierung fach- und akteursübergreifender Kooperations- und Vernetzungsformen, einen expliziten Stadtteil- oder Quartiersbezug, eine konsequente Bewohnerorientierung und -beteiligung sowie den Übergang von defizit- zu ressourcenorientierten Handlungsweisen.



Kontinuität in der Sozialen Stadt NRW

Die Stadt Gelsenkirchen ist dafür mit ihrem Konzept zur integrierten Stadtteilentwicklung und den darauf aufbauenden Organisationsstrukturen vergleichsweise gut gerüstet. Die Erfahrungen mit dem erfolgreichen Verstetigungsprozess in Bismarck/Schalke-Nord, die auch weit über die Stadt hinaus Wirkung entfaltet haben, waren ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Erarbeitung dieses Konzepts. ↘

Literatur

- Austermann, Klaus / Ruiz, Marcelo / Sauter, Matthias (2002): *Integrierte Stadtteilentwicklung auf dem Weg zur Verstetigung – Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord*, Hrsg.: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS) gemeinsam mit Arbeitsgruppe Bestandsverbesserung (AGB) am Institut für Raumplanung der Universität Dortmund, ILS-Schriftenreihe 186, Dortmund
- Kühner, Monika / Sauter, Matthias (2010): *Integrierte Stadtteilentwicklung und ämterübergreifende Sozialraumorientierung – Leitbegriffe für eine neue Stadtpolitik*, in: vhw Forum Wohnen und Stadtentwicklung, Heft 4.2010, S. 203–207
- Rommelfanger, Stefan / Sauter, Matthias (2010): *Integrierte Stadtteilentwicklung. Vom Sonderprojekt zur Regelaufgabe – Das Beispiel Gelsenkirchen*, in: Sozial Extra, Heft 7/8.2010, S. 25–29
- Sauter, Matthias (2009): *Soziale Stadt: Es ist Zeit für einen Paradigmenwechsel*, in: vhw Forum Wohnen und Stadtentwicklung, Heft 4.2009, S. 209–213
- Stadt Gelsenkirchen / Der Oberbürgermeister / Referat Stadtplanung (2006): *Stadtteilprogramm Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord – Verstetigung integrativer Stadtteilarbeit in Bismarck/Schalke-Nord*, Mitteilungsvorlage, Drucksache Nr. 04-09/3617 vom 15.12.2006, Gelsenkirchen